



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Pakt für Ausbildung und Arbeit – Staatsregierung muss wirtschaftsfeindliche Haltung aufgeben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- gemeinsam mit der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern einen Pakt für Ausbildung und Arbeit zu initiieren um so die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen,
- die Ausländerbehörden in Bayern anzuweisen, keine Arbeitserlaubnisse zu entziehen und Arbeits- sowie Ausbildungserlaubnisse für Geflüchtete schneller zu genehmigen.

Begründung:

Die Staatsregierung muss endlich ihre Blockadehaltung aufgeben. Scheinlösungen helfen der bayerischen Wirtschaft nicht. Arbeitsverbote und lange Genehmigungsdauer für Arbeitserlaubnisse zermürben die Geflüchteten, Ehrenamtliche und vor allem die Betriebe in Bayern. Eine erfolgreiche frühzeitige Eingliederung in den bayerischen Arbeitsmarkt bildet eine gute Grundlage für eine dauerhafte und nachhaltige Integration insgesamt und dient darüber hinaus der Sicherung des Lebensunterhalts der Geflüchteten. Unternehmen bietet sie die Chance, Stellen zu besetzen. Gleichzeitig erhöht sie die Akzeptanz von Geflüchteten bei der einheimischen Bevölkerung. Eine fehlende oder ungenügende Integration in den Arbeitsmarkt hingegen wirft vielfältige gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme auf. Mit einer Erwerbslosigkeit sind darüber hinaus erhebliche finanzielle Belastungen der sozialen Sicherungssysteme verbunden.